

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

US-Außen- politik mit Biden



Ambivalenter Neubeginn
Bidens Afrika-Politik
Iran und der Schatten Obamas
Globaler Hegemonialkampf

WeltBlick

Fiasko Afghanistan
Wahlen in Russland
Kuba ohne Castros

Historie

100 Jahre KP Chinas

Kommentar

Ohnmacht des Westens

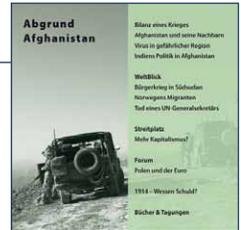
ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-66-1



4

WeltBlick

- 4 *WeltTrends und Afghanistan*
- 8 *Wahlen in Russland und die EU*
Boris P. Guseletov
- 13 *Kuba ohne Castros*
Gerhard Drekonja-Kornat



19

Gastkommentar

Der Westen und die Neuvermessung der Welt
Thomas Bonschab und Robert Kappel



22

Thema: US-Außenpolitik mit Biden

- 22 *Ambivalenter Start – Joe Bidens erstes Jahr*
Roland Benedikter
- 29 *Neues Orchester, alte Instrumente – Bidens Afrikapolitik*
Georges Hallermayer
- 39 *Die neue Iranpolitik und der Schatten der Obama-Doktrin*
Ali Fathollah-Nejad
- 41 *Hegemonialkampf im Weltsystem*
Erhard Crome



Historie

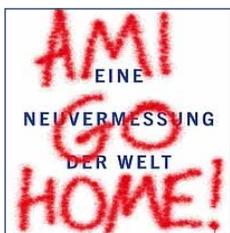
48

Die Kommunistische Partei Chinas wird 100
Chunchun Hu

Forum: Das Humboldt-Forum und die Restitutionsdebatte

54

Wazi Apoh und Andreas Mehler



Bücherschau

60

Vom europäischen Pandämonium und „Ami go home!“

Leserbrief

66

Impressum

67

Afghanistan-Krieg: Die Ohnmacht des Westens

68

Kommentar von Majd El-Safadi

Wort & Strich

72

Vom Rande aus betrachtet

Das Humboldt-Forum und die Restitutionsdebatte

Wazi Apoh und Andreas Mehler

Die Restitutionsdebatte gewinnt an Brisanz. Berlin, die alte Kolonialmetropole, und „ihr“ Humboldt-Forum ziehen viel Aufmerksamkeit auf sich. Einer der Gründe für diese Anziehungskraft ist die in Gang gekommene Beschäftigung mit den Verbrechen der Kolonialmacht Deutschland. Ursprünglich sollte mit dem Haus lediglich die Berliner Museumslandschaft der „Weltkulturen“ ergänzt, die über Jahrhunderte gesammelten Schätze im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Herzen Berlins ausgestellt werden. Aber das erscheint vielen nicht mehr als legitim. Es ist kein Zufall, dass die Bundesregierung in jüngster Zeit sowohl die Verhandlungen mit Namibia über die Anerkennung des Völkermordes an den Nama und Herero als auch die mögliche Rückgabe der Benin-Bronzen an Westafrika beschleunigt hat, obwohl letztere im Humboldt-Forum vertreten sein werden. Die Bundesregierung schafft Fakten. Im Hinblick auf Restitution ist wichtig, dass „das neue Berliner Museum der Weltkulturen eine klare Politik braucht, die besagt, dass nur Objekte ordnungsgemäßer Provenienz auf der Grundlage eines dekolonisierten Prozesses, der die Stimmen der Herkunftsländer einschließt, verwendet werden sollten“. Das ist die Forderung von George Abungu, dem ehemaligen Direktor der Nationalmuseen Kenias und Berater des Humboldt-Forums. Doch das hört sich einfacher an als es ist. Dies hat mit den Zuständigkeiten und Beziehungen zwischen staatlichem Zentrum und „Peripherie“ zu tun.

Zentren und Peripherien

Das deutsche Grundgesetz legt Vorrechte für den Bund und die Länder fest. Die internationalen Beziehungen Deutschlands, somit auch der diplomatische Austausch mit seinen Ex-Kolonien, sind Sache des Bundes (Artikel 32 des Grundgesetzes). Die „Kultur“ und die damit verbundenen Institutionen sind dagegen Hoheitsbereich der Länder. Die Mehrzahl der deutschen Museen ist an Länder und Kommunen gebunden und einige sind private Sammlungen. Es gibt also ein Zentrum-Peripherie-Spannungsfeld in Deutschland, aber auch unterschiedliche Verantwortungsbereiche. Diese reproduzieren sich auch in Afrika. So deutet die Uneinigkeit

zwischen der Regierung Namibias und den betroffenen Gemeinschaften über die vereinbarte Form der Entschuldigung und die Höhe der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen auf Klärungsbedarf hin. Die Grenzen der meisten afrikanischen Länder wurden von den Kolonialmächten gezogen, wobei fast alle Hauptstädte noch in der Kolonialzeit ausgewählt wurden. Diese wurden gleichfalls zu nationalen Metropolen, während andere – oft vorkolonial bedeutsame – Zentren zur Peripherie wurden. Postkoloniale Entwicklungen haben dieses Gefüge zeitweise, meist nur geringfügig, verändert. Zumeist haben wir es mit starken Asymmetrien im Hinblick auf Investitionen und Einfluss zwischen geografischen Rändern und mächtigen Zentren zu tun. In einigen Fällen mündeten Proteste und Rufe nach Autonomie oder sogar Sezessionen in gewaltsame Auseinandersetzungen und staatliche Repression; nehmen wir Kamerun als jüngstes Beispiel.

Diese Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie beeinflusst auch die aktuelle Restitutionsdebatte.

Diese Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie beeinflusst auch die aktuelle Restitutionsdebatte. Sie konzentriert sich auf bilaterale Abkommen zwischen Regierungen. Die erwarteten Kooperationen zwischen nationalen Museen in Afrika und dem Humboldt-Forum in Berlin symbolisieren die Vorherrschaft des Zentralstaats. Nationale Eliten und Intellektuelle diskutieren über zugegebenermaßen wichtige Themen: koloniale Amnesie sowie Geschichten, die entweder Heldentum oder Unterwerfung thematisieren und eine Neujustierung der Erinnerungspolitik in diese oder jene Richtung fordern. Das vernachlässigt die Anliegen der Peripherie.

Tatsächlich lässt sich die Banalität des Kolonialismus – oder die „koloniale Situation“ (Georges Balandier) – besser einfangen, wenn man die tägliche Ausbeutung an den Rändern darstellt. Dies zeigt die Plantagenwirtschaft im Südwesten Kameruns, wo die gewaltsame Landenteignung unter deutscher Herrschaft noch heute ein Dauerzustand für die lokale Bevölkerung ist und wo staatliche Unternehmen den Kolonialbesitz geerbt haben. Die Banalität des Kolonialismus wird auch durch die zahlreichen Schenkungen von Nachkommen ehrenwerter Verwalter oder Offiziere der „Schutztruppe“, deren koloniale Mitbringsel an die Sammlungen deutscher Provinzstädte übereignet wurden, gut eingefangen. Überall in Deutschland phantasierten Akademiker, Unternehmer und öffentliche

Intellektuelle von einem „Platz an der Sonne“, nicht nur Reichskanzler Bernhard von Bülow im fernen Berlin. Die Sehnsucht nach Kolonialismus war damals allgegenwärtig, wird aber heute selten „gesehen“.

Wohin gehören Kulturgüter?

Wie bei der „dunkelsten Seite“ der deutschen Geschichte, dem Holocaust, ist die Gefahr groß, dass moralische Verantwortung und Erinnerungspolitik nach „Berlin“ evakuiert werden, während die deutsche Provinz außen vor bleibt. In ähnlicher Weise könnten die Randzonen in afrikanischen Ländern von der Debatte ausgeschlossen werden, die sich oft auf die Mobilisierung von Regierungen, nationalen Museen und eine Handvoll Akademiker konzentriert. Schlüsselfragen sollten sein: Werden die Objekte dorthin zurückkehren, wo sie gestohlen wurden? Wer spricht im Namen der „peripheren Herkunftsgesellschaften“, insbesondere wenn sie jetzt in eine nationale Gemeinschaft integriert oder als Folge eines „Unfalls der Geschichte“ und der Rivalität der Kolonialmächte über mehrere Länder verstreut sind? Selbstverständlich: Das Gespräch von Regierung zu Regierung ist eine Bedingung für die längst fällige Rückgabe geraubter Objekte. Aber dies reicht nicht aus, um Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen herzustellen.

Die Kern- und Peripheriedynamik auf dem afrikanischen Kontinent muss dabei auch ins Blickfeld rücken. Das Zentrum wird hier von den nationalen Regierungen und den von ihnen beauftragten staatlichen Institutionen verkörpert. Diese stehen im Vordergrund des zwischenstaatlichen

Wir befürchten, dass das Humboldt-Forum den Kolonialismus zu einem exotischen Faktum in der deutschen Geschichte stilisiert.

Austausches. Ebenso können einige regionale und kontinentale Organisationen (z.B. die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS; die Afrikanische Union; das Panafrikanische Parlament) als Zentrum gelten; ebenso die UNESCO und

deren Konventionen (1995 UNIDROIT, 1970 Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut) als internationales Zentrum der Kulturpolitik. Einige dieser Organisationen haben in jüngster Zeit zur Restitutionsbewegung und -debatte Position bezogen. So haben die Direktoren für kulturelles Erbe und Museen der ECOWAS bei ihrem Treffen

2019 in Benin Empfehlungen an die Afrikanische Union, die Staats- und Regierungschefs der ECOWAS und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA formuliert, wonach die Mitgliedsstaaten endlich das UNIDROIT-Übereinkommen und das UNESCO-Übereinkommen von 1970 ratifizieren sollten. Sie forderten die Staatsoberhäupter außerdem auf, Briefe an Länder zu richten, die im Besitz der Objekte sind, um sie als Teil des ECOWAS-Aktionsplans 2019/2023 für die Rückgabe von Kulturgütern an ihre Herkunftsländer zu kennzeichnen.

In diesem Sinne forderte der Präsident Ghanas, Nana Akufo Addo, der derzeitige ECOWAS-Vorsitzende, auf der Sitzung des Panafrikanischen Parlaments im Mai 2021 in Johannesburg: „Wir müssen unsere Bemühungen verstärken, um unsere geplünderten Kulturschätze zurück-zuholen, die in den Museen der Nationen untergebracht sind, die sie uns gestohlen haben, und die Geld damit verdienen – anstatt wir. Komme was wolle, was auch immer die Hindernisse sein mögen, wir müssen sie zurückholen.“ Dieser Aufruf erfolgte vor dem Hintergrund der so genannten Agenda 2063 der Afrikanischen Union sowie dem Thema ihrer Feierlichkeiten im Jahr 2021 (Motto: „Kunst, Kultur und Erbe: Hebel zum Aufbau des Afrikas, das wir wollen“).

Beim Spatenstich für den Bau eines Weltmuseums für panafrikanisches Kulturerbe in Pomadze in der Zentralregion Ghanas wies Akufo Addo darauf hin, dass es „nach seiner Fertigstellung eine Ruhestätte für alle geplünderten Artefakte bieten wird, die in ausländischen Museen in Europa und anderswo untergebracht sind“. Ein Chief aus Kpando in Ghana, begeisterter Hörer der Deutschen Welle und ihrer Berichterstattung zum Humboldt-Forum, zeigte sich alarmiert. Er möchte die unklare und universalisierende Mission dieses panafrikanischen Museums geklärt wissen. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer dokumentierten Forderung nach Rückgabe der königlichen Regalien von Kpando-Akpini, die 1913 von deutschen Kolonialtruppen unter der Führung von Dr. Hans Gruner aus dem Palast des Kpando-Königs geraubt wurden und sich nun in den Sammlungen des Ethnologischen Museums im Humboldt-Forum befinden. Die Befürchtung des Chiefs beruht auf der Aussage des Präsidenten Ghanas, dass das neue Museum das Auffangbecken für alle rückgegebenen Objekte werden würde. Als Chief aus einer ehemals deutsch kolonisierten Stadt und gegenwärtig am Rande der Geopolitik der Restitution, scheint seine Befürchtung begründet. Als potentielle Empfänger-gemeinde müsste aus seiner Sicht Kpando an erster Stelle stehen und die

Rückgabe der Objekte dorthin erfolgen, statt in einem von der Regierung unterstützten „panafrikanischen“ Museum ausgestellt zu werden.

Fazit

Solche Spannungen drohen zuzunehmen, wenn der Austausch von Regierung zu Regierung dazu führt, dass die VertreterInnen der Empfänger-gemeinden und -familien an den Rand gedrängt werden. Wir sehen die Gefahr, dass ein breiterer Fokus und eine tiefere Diskussion durch das Humboldt-Forum nicht gewährleistet werden können. Die sehr begrüßenswerte neue Debatte über die koloniale Vergangenheit Deutschlands, die sich jetzt in Berlin entfaltet, ist gewiss ein Meilenstein. Unsere Befürchtung ist jedoch, dass das Humboldt-Forum den Kolonialismus zu einem außergewöhnlichen und exotischen Faktum in der deutschen Geschichte stilisieren könnte, während er zu seiner Zeit meist Routine war und in verschiedenen Ecken dieser Welt (auch in deutschen Provinzen) ein lang nachwirkendes Erbe hinterlassen hat, das längst nicht aufgearbeitet ist. Wir fordern daher auch eine Diskussion darüber, wohin Geld primär fließen soll. Das Humboldt-Forum hat bisher bis zu 700 Millionen Euro gekostet; angeblich fließen viele private Spenden. Man mag darüber nachdenken, was ein solcher Betrag in entlegeneren und bedürftigeren Orten bewirken könnte. Private Sponsoren und Regierungen sollten zumindest einen Teil ihres Geldes dort ausgeben, wo es einen großen Unterschied macht; vor allem in Gemeinden, die geraubte Objekte zurückfordern. 🌐



Prof. Dr. Wazi Apoh

Department of Archaeology and Heritage Studies, University of Ghana

wazital@gmail.com



Prof. Dr. Andreas Mehler

Geb. 1963, Direktor des Arnold Bergstraesser Instituts in Freiburg und Präsident des Executive Council des Maria Sibylla Merian Institute for Advanced Studies in Africa (MIASA)

andreas.mehler@abi.uni-freiburg.de